

basel

Zeit für den Uni-Deal wird knapp

Von Christian Mensch



Die Universität Basel droht in eine Abwärtsspirale zu geraten. Juri Junkov

Die Zeit drängte. Im vergangenen Frühsommer wollte Baselland die Universität noch zügig in ein Sparpaket schnüren. Der Ideenreichtum der Bildungsdirektorin Monica Gschwind reduzierte sich jedoch auf die Vorgabe, der Kanton wolle ab 2018 jährlich mindestens 25 Millionen Franken weniger für die Hochschule aufwenden. Fehlanzeige herrschte bei inhaltlichen Anregungen, wie dies zu leisten ist.

Ihre Partei, die FDP Baselland, sprang in die Bresche. Die Landratsfraktion entnahm ihrer – weitgehend durch Kantonsabgaben alimentierten – Fraktionskasse zwischen 30000 und 40000 Franken und beauftragte das Basler Forschungsinstitut IWSB mit einer Studie. Diese sollte darlegen, wie sich die Finanzsituation der Universität insgesamt um jährlich zwischen 100 und 120 Millionen Franken verbessern liesse. Für den Trägerkanton Baselland würde dies eine Entlastung von 40 bis 60 Millionen Franken bringen. Unter Hochdruck machten sich die Forscher an die Arbeit und lieferten bereits am 1. Juli 2016 eine vierzigseitige Studie ab.

Anfang Sommer wäre die Untersuchung ein wertvoller Diskussionsbeitrag gewesen, da die Budgetdebatte uniintern just in diesen Wochen richtig in die Gänge kam. Die Hochschule hatte den Auftrag, im Oktober den Trägerkantonen Basel-Stadt und Baselland den Finanzantrag samt Sparoptionen für die Periode 2018 bis 2021 einzureichen. Doch die IWSB-Studie verschwand in der Schublade.

FDP-Fraktionschef Rolf Richterich erklärt: Zuerst seien die Sommerferien gewesen, dann die alles absorbierende Baselbieter Energieabstimmung. Als sich dann die Fraktion mit dem Universitäts-Papier auseinandersetzen konnte, um politische Forderungen daraus abzuleiten, sei schon Weihnachten vor der Tür gestanden. Deshalb habe man sich entschlossen, die Studie samt sieben Postulaten erst diese Woche vorzustellen und einzureichen.

Streitpapier statt Grundlage

Die Ausgangslage hat sich mittlerweile jedoch entscheidend verändert. Die Universität hatte fristgerecht ihren Antrag eingereicht. Und Basel-Stadt legte dem Vernehmen nach einen konkreten Vorschlag vor, welche Abstriche die Universität zu machen habe und wie das Restdefizit auf die Trägerkantone verteilt werden könnte. Dabei sollten erneut buchhalterische Tricks zur Anwendung kommen, wonach vordergründig eine Zahlungsparität herrscht, faktisch jedoch die Stadt das Land entlastet und dies mit Sonderfaktoren begründet. Über die genaue Ausgestaltung des Uniantrags wie des Basler Vorschlags herrscht eisernes Schweigen. Mehrfach bestätigt wird jedoch, dass von Baselbieter Seite nun keine Eile mehr eingefordert wird. Die Gespräche plätschern vielmehr ohne erkennbare Fortschritte.

Die ISWB-Studie, von der FDP Baselland als konstruktiver Diskussionsbeitrag angedacht, steht nun quer in der Landschaft. Selbst bei bestem Willen können die konkreten Sparvorschläge nicht mehr in die anstehende Leistungsvereinbarung eingearbeitet werden. Und wenn sich die Baselbieter Regierung an die Beantwortung der von der Studie abgeleiteten Postulate der FDP-Fraktion macht, sollte sie dem Landrat längst einen Ratschlag für die Universitätsfinanzierung 2018 bis 2021 unterbreitet haben. Das politische Chaos ist programmiert. Rolf Richterich sagt zum Timing: «Wir sind nur Milizparlamentarier.»

Studie stützt FDP-Postulate nicht

In den reflexhaften Abwehrreaktionen von Stadtbasler Exponenten wie Eyermann oder Vischer auf die Baselbieter FDP-Postulate blieb zudem übersehen: Die Studie belegt nicht nur, dass die vorgegebenen Einsparungen gar nicht zu realisieren sind. Statt bis zu 120 Millionen erkennen die Forscher «maximal» ein Sparpotenzial von 70 Millionen Franken. Sie zeigt vielmehr, dass selbst dieser Betrag erst «mittel- bis langfristig» erzielt werden kann. Selbst die als Minimalziel bezeichnete 25-Millionen-Franken-Kürzung für Baselland lässt sich daraus nicht ableiten. Daraus ergeben sich auch für die Forscher als solche erkannte, wie sie sagen, sonderbare Widersprüche zwischen ihren Studienresultaten und den abgeleiteten politischen Forderungen.

Die Studie sieht beispielsweise ein erhebliches Potenzial beim Einwerben zusätzlicher Drittmittel. Um allerdings einen Nettomehrwert von bis zu dreissig Millionen Franken zu erzielen, müsste die Forschungstätigkeit um rund fünfzig Millionen Franken erweitert werden. Was als Ziel der Studie formuliert wird, konterkariert die FDP mit der Forderung, es sei zu prüfen, den Forschungsetat um vierzig Millionen Franken zu straffen. Ein ähnlicher Widerspruch ergibt sich bei den Beiträgen für ausserkantonale Studierende. Zeigt die Studie, dass heute die Ausbildungskosten abgegolten seien, fordert die FDP ein «kostendeckendes Lehrangebot in allen Fakultäten». Politisch brisant ist das Plädoyer der Forscher, die Universität aus Kostengründen möglichst an einem Ort zu konzentrieren – was jedes Bemühen unterläuft, auf Landboden Uni-Institute einzurichten.

Am Anfang statt am Ende

Wann die Regierungen ihren Parlamenten den Uni-Ratschlag vorlegen wollen, ist derzeit nicht bekannt. Da eine langwierige parlamentarische Beratung zu erwarten und eine Rückweisung an die Regierungen nicht auszuschliessen ist, wird die Zeit knapp. Vor allem wenn das Sparziel verfehlt und dann ein bereits vorbereiteter Pfeil aus dem FDP-Köcher geholt wird: Statt eine Volluniversität zu bleiben, soll sich die Universität Basel zu einer spezialisierten Life-Science-Universität wandeln.